

P R e s s e

S P i e g e l

## Polen - Pressespiegel 20/2023 vom 18.05.2023

---

*Das finden Sie in dieser Ausgabe*

- *Das Europäische Parlament hat die Ratifizierung der Istanbul-Konvention beschlossen. Kohut: Ein großer Tag für polnische Frauen*
- *Czarnek, Minister für Hexenjagden und Verachtung. Seine Worte sollte man nicht unterschätzen*
- *Einheit und Vielfalt. Überlegungen zum Europatag*
- *Ordo Iuris-Projekt: Gefängnis für Ärzte, die Geschlechtskorrekturen an Minderjährigen vornehmen. Das soll „Hilfe für Opfer des Genderismus“ sein*
- *Błaszczak sollte wegen russischer Rakete zurücktreten. Er hat uns in große Gefahr gebracht*
- *Krise an der polnisch-weißrussischen Grenze. Flüchtling mit gebrochenem Bein liegt seit zwei Tagen unter dem Grenzzaun*

*Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche*

## Das Europäische Parlament hat die Ratifizierung der Istanbul-Konvention beschlossen. Kohut: Ein großer Tag für polnische Frauen



Lukasz Kohut Quelle: [natemat.pl](https://natemat.pl)

Von **Anna Dryjańska**

„Die Ratifizierung der Konvention bedeutet, dass polnische Frauen in Sicherheit sind. Sie werden sowohl vor Gewalttätern als auch vor Politikern geschützt, die versuchen, ihnen das Recht auf Achtung der persönlichen Integrität zu nehmen“, so kommentiert der Europaabgeordnete Łukasz Kohut die Abstimmung des EP in *naTemat*.

- Am Mittwoch hat das Europäische Parlament für die Ratifizierung der Istanbul-Konvention durch die Europäische Union gestimmt.
- Nun muss nur noch der Europäische Rat zustimmen, damit das Dokument zum Schutz von Frauen und anderen Gewaltopfern EU-Recht werden kann.
- „Die Ratifizierung der Konvention auf EU-Ebene ist ein zusätzliches Sicherheitsnetz, das die Konvention, ihre Bestimmungen und damit die Opfer von Gewalt vor den Versuchungen von Politikern wie Kaczyński oder Orbán schützt“, sagt Łukasz Kohut, Europaabgeordneter aus Schlesien, gegenüber *naTemat*.

Der Linkspolitiker betont, dass dies eine der Angelegenheiten ist, die er für unstrittig hält. „Für mich ist es schwarz-weiß. Wenn man gegen die Ratifizierung der Konvention ist, dann unterstützt man häusliche Gewalt“, sagt er.

## **Die Ratifizierung der Anti-Gewalt-Konvention in der EU wurde durch die Konservativen in Schweden ermöglicht.**

Lukasz Kohut ist der Berichterstatter der Sozialdemokratischen Fraktion für den Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten.

„Zu Beginn des EP-Mandats, als es mir oblag, den Bericht zusammen mit dem MdEP Arba Kokalari zu verfassen, schien es, als gäbe es keinen politischen Willen zur Ratifizierung. Es gab kein grünes Licht vom Europäischen Rat, die Arbeiten verliefen im Schnecken tempo. Als Schweden zu Beginn des Jahres die EU-Ratspräsidentschaft übernahm, beschleunigte sich der Prozess plötzlich. Es wurde schnell klar, dass die Ratifizierung für die Schweden Priorität hat“, so Kohut gegenüber *naTemat*.

Der Linkspolitiker weist darauf hin, dass die schwedischen Konservativen keine Einwände gegen das Dokument hatten, das Bestimmungen zum Schutz von Frauen, Mädchen und anderen Opfern von häuslicher Gewalt enthält.

„Das ist interessant, denn in Schweden sind die Konservativen an der Macht. Im Gegensatz zu den Konservativen in Polen haben sie jedoch nichts gegen die Konvention. Sie waren fest entschlossen, die Ratifizierung der Anti-Gewalt-Konvention auf EU-Ebene zum krönenden Abschluss ihrer Ratspräsidentschaft zu machen“, schätzt Lukasz Kohut ein.

Nachdem das Europäische Parlament grünes Licht gegeben hat, steht nun der letzte Schritt an. „Die Angelegenheit wird vom Europäischen Rat besiegelt werden, aber alles deutet darauf hin, dass es sich dabei um eine Formalität handeln wird“, sagt unser Gesprächspartner voraus.

## **Ratifizierung der Anti-Gewalt-Konvention auf der EU-Ebene. Was bedeutet das?**

Zur Erinnerung: Polen hat die Konvention im Jahr 2015 ratifiziert. Die Unterschrift wurde von Präsident Bronisław Komorowski geleistet. Zuvor hatte sich Jarosław Gowin, Justizminister in der Regierung von Donald Tusk, dagegen ausgesprochen, diese Bestimmungen in das polnische Recht aufzunehmen.

Am Mittwoch beschloss das Europäische Parlament, dass die Anti-Gewalt-Konvention in der gesamten Union gelten soll.

„Dies ist ein großer Tag für die polnischen Frauen und alle Frauen in der Europäischen Union. Es ist eine gute Nachricht für alle, die eine stärker integrierte Gemeinschaft wollen. Für Momente wie diesen hat es sich gelohnt, in die Politik zu gehen. Der Schutz der Bürger vor Gewalt ist eine unserer wichtigsten Aufgaben. Ich bin froh, dass ich meinen kleinen Beitrag dazu leisten konnte“, so der Europaabgeordnete Łukasz Kohut.

Unser Gesprächspartner unterstreicht, dass die Oppositionspolitiker im EP die Konvention solidarisch unterstützt haben.

„Die polnische Opposition war sich in dieser Frage sehr einig. Im Februar enthielt sich nur eine Person der Stimme, um die Ratifizierung zu unterstützen“, so der Abgeordnete aus Schlesien.

## **Łukasz Kohut über die Ideen der PiS-Regierung, die Anti-Gewalt-Konvention zu kündigen**

In den Medien finden sich regelmäßig Äußerungen von Politikern der Vereinigten Rechten, die laut über eine Kündigung der Anti-Gewalt-Konvention nachdenken. Im Dezember 2022 wiederum erklärte der Justizminister und Generalstaatsanwalt Zbigniew Ziobro, dass Polen dank der Maßnahmen seines Ministeriums „zu der kleinen Gruppe europäischer Länder gehört, die den höchsten Schutzstandard vor allem für Frauen und Kinder in Bezug auf häusliche Gewalt garantieren“.

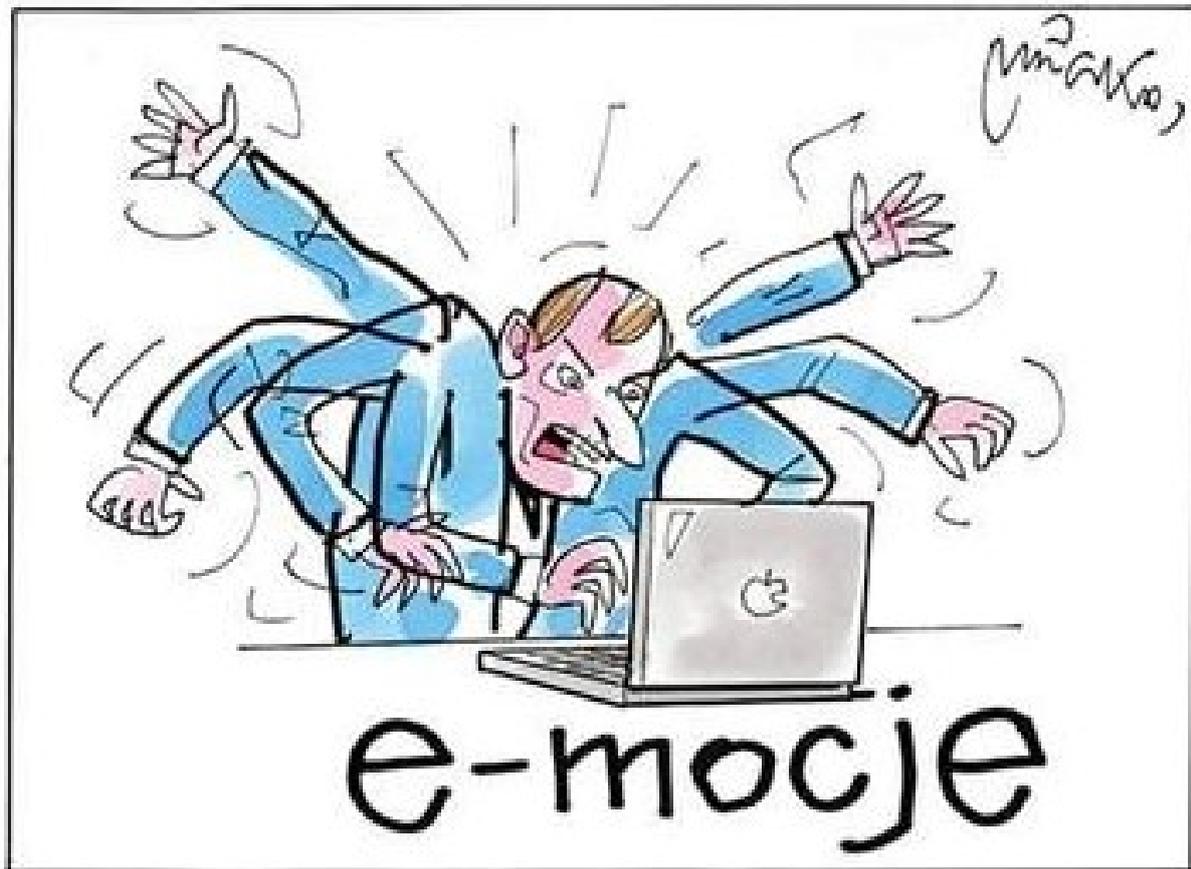
„Die Ziobristen geben vor, das Rad neu erfunden zu haben, während die Wahrheit anders aussieht. Die Lösungen zur Bekämpfung von Gewalt, die seit 2015 in unser Gesetz aufgenommen wurden, sind das Ergebnis der Ratifizierung des Übereinkommens durch Polen“, kommentiert der Europaabgeordnete Łukasz Kohut.

Der Politiker weist darauf hin, dass die Ratifizierung der Konvention durch die Union wird es der PiS-Regierung sehr viel schwerer machen, die Konvention möglicherweise zu kündigen.

„Die Ratifizierung der Konvention auf der EU-Ebene ist eine zusätzliche Sicherung, die das Übereinkommen, seine Bestimmungen und damit die Opfer von Gewalt vor den Versuchungen von Politikern wie Kaczyński oder Orbán schützt. Sobald die Konvention auf der EU-Ebene ratifiziert ist, wird die Kündigung der Konvention durch ein Land mit dem Risiko des Austritts aus der Union verbunden sein“, so Kohut abschließend.

**Zsfg.: JP**

<https://natemat.pl/486566,konwencja-antyprzemocowa-ma-byc-prawem-ue-komentuje-posel-lukasz-kohut>



## **E-Motionen**

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:  
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

## Czarnek, Minister für Hexenjagden und Verachtung. Seine Worte sollte man nicht unterschätzen



Quelle: [wyborcza.pl](https://wyborcza.pl)

Ein Kommentar von **Wojciech Czuchnowski**

**W**enn Czarnek gegen die polnische Intelligenz hetzt, dann tut er das nicht aus eigenem Antrieb. Er sagt, was Jarosław Kaczyński denkt. Und er plant - wie man sieht -, das Anti-Intelligenz-Narrativ in die Maschinerie des kommenden Wahlkampfes einzubauen.

„Wir analysieren, von welchen Universitäten das kommt, und wir werden darauf reagieren. Es gibt keine Erlaubnis, dass etwas, das keine Wissenschaft ist, sondern einfach nur eine antipolnische Unverschämtheit, mit polnischen Geldern finanziert wird“, sagte Przemysław Czarnek, Bildungsminister der PiS-Regierung, am Dienstag im öffentlichen Rundfunk. Die Drohungen des Ministers wurden von der Moderatorin der Sendung, Dorota Kania, Chefredakteurin der von Orlen übernommenen Regionalzeitungen, mit einem erfreuten Lächeln zur Kenntnis genommen.

Czarnek äußerte sich zu einem Schreiben, das von mehr als 1.000 Wissenschaftlern zur Verteidigung der Redefreiheit und der Freiheit der wissenschaftlichen Forschung unterzeichnet wurde. Die Unterzeichner des Appells waren besorgt über Czarneks Drohungen gegen das Institut für Soziologie und Philosophie der Polnischen Akademie der Wissenschaften, in dem das Zentrum für Holocaustforschung tätig ist. Der Minister drohte, die Finanzierung der Einrichtung, in der Professorin Barbara Engelking beschäftigt ist, zu „revidieren“.

Am 80. Jahrestag des Aufstands im Warschauer Ghetto sagte Engelking, dass während des Krieges nur einige wenige Polen die Juden unterstützten und der Rest versagte. Die Äußerung der prominenten Holocaust-Forscherin rief den Zorn der Machthaber und der sie unterstützenden Medien hervor. Engelking und TVN 24 (wo die Äußerung stattfand) wurden zum Gegenstand einer Kampagne von Hasskommentaren und Schikanen, die an die antisemitische Kampagne von 1968 erinnerte. Als Reaktion darauf schrieben die Verfasser des Schreibens, dass die Äußerungen des Ministers „tiefe Besorgnis und Widerspruch hervorrufen, da sie die von der polnischen Verfassung garantierte Freiheit der wissenschaftlichen Forschung beeinträchtigen“ und „eine Drohung gegen die wissenschaftliche Einrichtung und ihre Leitung enthalten, die die Merkmale eines Versuchs trägt, Forscher einzuschüchtern, die sich mit Themen befassen, die mit den Ansichten der Politiker unvereinbar sind“.

Als Reaktion darauf begann Czarnek ... den Akademikern, die den Brief unterzeichnet hatten, zu drohen und weitete seine Drohungen auf die Universitäten und Einrichtungen aus, in denen sie arbeiten. Er sagte, dass „staatliche Gelder nicht für Professoren bestimmt sind, die mit Steuergeldern unterhalten werden, um Polen und den guten Namen der Polen zu verunglimpfen“. Der Minister stellte auch die wissenschaftlichen Leistungen von Prof. Engelking in Frage und bezeichnete den Brief selbst als „angeblich zur Verteidigung der Wissenschaft“ geschrieben.

Diese Worte voller Hochmut und Verachtung des „Aufsehers der polnischen Wissenschaft“ sollten nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Wenn Czarnek über die polnische Intelligenz herzieht, dann tut er das nicht aus eigenem Antrieb. Er sagt, was Jarosław Kaczyński denkt. Und der hat - wie man sieht - vor, das anti-intellektuelle Narrativ in die Maschinerie des kommenden Wahlkampfes einzubauen. Kaczyński erinnert sich an das Jahr 68. Er erinnert sich daran, dass es eine Zeit war, in der ein großer Teil des polnischen Volkes die ungeliebte kommunistische Regierung unterstützte und auf Juden und die gebildeten Schichten der Gesellschaft gehetzt werden konnte.

Auch die Kommunisten hatten ihre Czarneks, Świrskis, sie hatten unterwürfige Journalisten. Es endete in Schande und mit einem moralischen Kater für Jahrzehnte. So wird es auch jetzt sein.

**Zsfg.: AV**

<https://wyborcza.pl/7,75398,29741962,czarnek-minister-nagonki-i-pogardy-jego-slow-nie-mozna-lekcewazyc.html#S.opinion-K.P-B.1-L.2.glowka>

## Einheit und Vielfalt. Überlegungen zum Europatag



Quelle: [wyborcza.pl](http://wyborcza.pl)

Von **Marek Safjan**, Richter am Gerichtshof der Europäischen Union, von 1998 bis 2006 Präsident des Verfassungsgerichts.

**D**er 9. Mai ist ein Feiertag für ein geeintes Europa. Er erinnert an die Unterzeichnung der Schuman-Erklärung am 9. Mai 1950. Es ist ein guter Zeitpunkt, um über das Wesen der Europäischen Union und ihre Identität nachzudenken.

Das Wesen der Europäischen Union ist das ständige Aufeinandertreffen von Einheit und Vielfalt. Dies ist sowohl ihr großer Vorteil als auch eine gewisse Schwäche. Europa wurde von Anfang an auf einem Fundament aus Einheit und Vielfalt aufgebaut. Einerseits repräsentieren die Mitgliedstaaten eine starke, historisch geprägte eigene Kultur und Tradition, eine Vielfalt von Sprachen und Bräuchen; andererseits haben sich unsere jeweiligen Kulturen von den gemeinsamen Quellen der griechischen Philosophie, des Christentums und des römischen Rechts inspirieren lassen. Diese Kombination aus Einheit und Vielfalt hat die Form, das Konzept und die konstitutionelle Architektur der Europäischen Union bestimmt. Auf der einen Seite eine Union, die die gemeinsamen Elemente repräsentiert, die uns verbinden, und auf der anderen Seite die Mitgliedstaaten, die durch ihren Beitritt zur Union ihre Souveränität nicht verlieren, sondern sich damit einverstanden erklären, sie zu begrenzen.

### Was ist das Ziel der Integration?

Die Geschichte der europäischen Integration ist ein Prozess der ständigen Angleichung, einer Anpassung der beiden Komponenten. Ein dynamischer und nie endender Prozess mit seinen *andante moderato* und

allegro forte Phasen und seinen Kontrapunkten. Ein Prozess, der faszinierend ist, weil er auf den ersten Blick unmöglich erscheint, sich aber dennoch ständig vollzieht. Die Eigendynamik dieses Prozesses führt dazu, dass weder die Gründerväter der Europäischen Gemeinschaft noch ihre heutigen Teilnehmer in der Lage sind, eine genaue Antwort auf die Frage zu geben, was der Endpunkt ist. Die Schaffung eines föderalen Organismus, eines Zusammenschlusses von Staaten, die durch einen Konföderationsmechanismus verbunden sind, oder eine eigentümliche hybride, eklektische Kreation, die Raum für souveräne staatliche Organismen lässt?

Wir müssen diese Frage nicht beantworten, oder besser gesagt, wir sind heute nicht in der Lage, diese Frage zu beantworten. Ich kann nur die Hypothese aufstellen, dass sich die europäische Integration in einem Rahmen vollzieht, der noch nicht vollständig definiert ist, aber dennoch eine klar definierte Richtung aufweist - sie begann mit der wirtschaftlichen Integration und bewegt sich heute zunehmend auf einen breiteren Bereich der politischen Integration zu, auch wenn ihre künftige Gestalt noch nicht festgelegt ist. Unabhängig vom Ausgang dieses Prozesses scheint jedoch eines sicher: Das unverzichtbare Merkmal der Union - sowohl heute als auch in statu nascendi - wird die ständige Spannung zwischen Einheit und Vielfalt bleiben, denn dies ist die treibende Kraft für ihre Entwicklung.

### **Der Nation, was der Nation ist – der Union, was der Union ist**

Ich habe meine persönliche Vision einer Europäischen Union, in der der gesamte Bereich der politischen Mechanismen von der Gemeinschaft abgedeckt wird und der Rest die Domäne der sprachlichen, kulturellen und bildungspolitischen Vielfalt bleibt, einer Vielfalt, die vielleicht (ich setze bewusst ein Fragezeichen) hauptsächlich auf der Grundlage lokaler und regionaler Gemeinschaften aufgebaut oder nach anderen vereinheitlichenden Kriterien geschaffen wird. Ich kann nicht ausschließen, dass es sich hierbei um eine völlig utopische Vision handelt, um einen Traum und nicht um ein Element pragmatischen und rationalen Denkens, denn sie erfordert eine gründliche Neubewertung des Konzepts von Staat und nationaler Identität. Aber die Idee einer europäischen Gemeinschaft beruhte ja von Anfang an auf einem Denken, das von Träumen und nicht von Pragmatismus durchdrungen war. Und doch ist viel mehr erreicht worden, als zu Beginn möglich schien.

Die sprachliche Vielfalt der Europäischen Union ist ein wesentlicher Bestandteil ihres Wesens, der ihre Einheit und Vielfalt zum Ausdruck bringt - eine Kombination aus der Sprache des Rechts und der Vielfalt der nationalen Sprachen. Diese Sprachenvielfalt scheint eine Garantie und Voraussetzung für die Existenz der Europäischen Union zu sein, weshalb die sprachliche Gleichstellung nicht zu Unrecht den Status eines Verfassungsgrundsatzes hat. Gleichzeitig ist sie ein wichtiger Faktor für das Zugehörigkeitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zur Union, denn sie garantiert, dass niemand ihnen ihre Identität nehmen kann, die oft eng mit der Sprache verbunden ist. Unter diesem Gesichtspunkt ist es erwähnenswert, dass sich jeder EU-Bürger in jeder Amtssprache an jede Einrichtung oder jedes Organ der Union wenden kann. Die Bedeutung der sprachlichen Gleichbehandlung wird auch durch die Rechtsprechung des EuGH bestätigt, wonach an Einzelpersonen gerichtete Verpflichtungen, die in einem Rechtsakt der Union enthalten sind, der nicht in der Amtssprache des Landes vorliegt, gegenüber den Bürgern nicht wirksam durchgesetzt werden können. In diesem Sinne ist die sprachliche Vielfalt eine Voraussetzung dafür, dass die Botschaft des EU-Rechts den Einzelnen erreicht und die Überzeugung bestätigt wird, dass es sich um „unsere (d. h. die Rechte und Freiheiten der EU-Bürger)“ handelt.

Das eigentliche Problem für die Union ist jedoch nicht die Vielfalt der Landessprachen, sondern die Schwierigkeit, sich in der Sprache des Rechts zu verständigen, die die einzige gemeinsame Sprache der Europäischen Union ist.

Heute gibt es eine heftige Debatte über die Idee der Identität, die oft ausschließlich als nationale (konstitutionelle) Identität bezeichnet und von einigen scharf mit einer europäischen Identität kontrastiert wird. Wie oft hört man heute das Argument (und es wurde in letzter Zeit im Zusammenhang mit dem Streit um die Rechtsstaatlichkeit besonders laut), dass die Zuständigkeit der Europäischen Union endgültig im Bereich der nationalen Identität endet.

An dieser Stelle sollte hinzugefügt werden, dass der Streit als solcher nicht besorgniserregend ist, da er ein Beweis für die Vitalität der Idee ist, die Gegenstand des Streits ist. Besorgniserregend ist vielmehr, dass

der Streit in einigen Fällen (z. B. beim Begriff der Identität) tief geht und dazu führt, dass der Kern dessen, was das einigende Band in der Europäischen Union ist, nämlich die in Artikel 2 EUV genannten Grundwerte, untergraben wird.

### **Der EuGH hat die Identität der Union definiert**

Gleichzeitig hat aber dieser Streit auch eine positive Seite: In dem berühmt gewordenen Konditionalitätsurteil vom 22. Februar 2022 (Urteil über die Konditionalität und die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit bei der Ausführung der Mittel aus dem Haushalt und den Fonds der Union) hat der Gerichtshof den Begriff der Identität der Union, verstanden als „autonome Rechtsordnung“, die auf denselben Grundwerten aufbaut, mit aller Klarheit definiert. Nie zuvor wurde die Gesamtheit der Werte und Grundsätze, die die Grenzen eines potenziellen Konflikts und gleichzeitig die Möglichkeit des Rückgriffs auf die nationale Identität abstecken, so klar und deutlich definiert.

Die Suche nach Gemeinsamkeiten, die die verschiedenen Rechtssysteme miteinander verbinden, ohne die Unterschiede zu vernachlässigen, ist eine typische Methode oder vielmehr eine spezifische Annahme für das Funktionieren der Rechtsordnung in der Europäischen Union. Gleichzeitig ist dies eine der Auslegungsmethoden, die der Gerichtshof im Rahmen der funktionalen Auslegung anwendet, die verlangt, dass das Ergebnis mit den allgemeinen Grundsätzen und den Grundrechten übereinstimmt. Ein hervorragendes Beispiel für diesen Ansatz ist die Rechtsprechung in den Rechtssachen Melloni und Akerberg Fransson, die einerseits klar den Bereich abgrenzt, in dem die eigenen unterschiedlichen verfassungsrechtlichen Standards angewandt werden können, und andererseits den Bereich, in dem diese Freiheit endet, weil der eigene Standard der EU bereits feststeht (es sei daran erinnert, dass es in der Rechtssache Akerberg Fransson um die unterschiedliche Herangehensweise an den Grundsatz "ne bis in idem" ging, der besagt, dass ein Verfahren in einem bereits entschiedenen Fall nicht wieder aufgenommen werden kann, und in der Rechtssache Melloni um die Grenzen der Zulässigkeit eines strafrechtlichen Versäumnisurteils).

Die Streitigkeiten und Spannungen, die sich in der Rechtsprechung des EuGH widerspiegeln, lassen sich nicht auf vertikale Auseinandersetzungen zwischen EU-Recht und nationalen Systemen reduzieren. Sie spiegeln vielmehr die authentischen und vielfältigen axiologischen Präferenzen unserer pluralistischen Gesellschaften wider, die nicht nach nationalen Unterteilungen, sondern nach der Stellung in der Sozialstruktur, dem Alter, dem Beruf, der Einstellung zur Religion und so weiter geordnet sind.

### **Interesse des Einzelnen und allgemeines Interesse**

Alle Europäer sind heute mit der Notwendigkeit konfrontiert, Entscheidungen zwischen unseren individuellen Interessen und dem allgemeinen Interesse der Gesellschaft als Ganzes zu treffen. Partikularismus und die Vielfalt unserer persönlichen Bedürfnisse und Vorlieben müssen der Notwendigkeit weichen, einen Kompromiss zu finden und einen Konsens zu entwickeln, der das Gemeinwohl widerspiegelt. Die Abgrenzung zwischen der Sphäre der Partikularinteressen und dem Bereich, in dem das Gemeinwohl Vorrang hat, ist häufig Gegenstand grundlegender Kontroversen, die durch die Rechtsprechung des EuGH in Fällen - die in den letzten Jahren viel diskutiert wurden - wie dem Konflikt zwischen der Privatsphäre und dem Schutz personenbezogener Daten und dem Allgemeininteresse im Zusammenhang mit der öffentlichen Sicherheit, dem Schutz vor Verbrechen oder terroristischen Handlungen deutlich werden (hierzu gehören Fälle wie *Quadrature du Net*, *Watson*, *Digital Rights* und eine Reihe anderer). Das Interesse des Einzelnen an der Ausweitung des Zugangs zu Informationen, der freien Meinungsäußerung und dem Schutz vor Zensur kollidiert frontal mit dem Recht auf Vergessenwerden (der berühmte Fall *Google Spain*), mit den Rechten des geistigen Eigentums und dem Urheberrecht (das derzeit vor dem gesamten Gerichtshof erörtert wird).

Je komplexer die gesellschaftlichen Strukturen sind, je mehr sich die Entwicklung der Informationstechnologie beschleunigt, je höher der Wert der individuellen Autonomie und der Freiheit der Wahl des eigenen Lebensstils, der Religion, der sexuellen Orientierung, der Weltanschauung und der Philosophie ist, desto mehr steigt paradoxerweise der Druck, einen gemeinsamen Raum des Kompromisses und eine Gemeinschaft der Grundwerte aufzubauen. Das Risiko von Interessenkonflikten

steigt in dem Maße, wie das Bedürfnis nach einer auf die Suche nach Kompromissen ausgerichteten Gemeinschaft wächst.

Es scheint, dass der Streit zwischen Einheit und Vielfalt gewissermaßen universalisiert wird und die Grenzen der einzelnen Systeme und Staaten überschreitet, und dass folglich eine Lösung der wachsenden Dilemmata nur auf einer universellen, allgemeinen Ebene und nicht im Rahmen einzelner Rechtsordnungen möglich ist. Die Europäische Union, die eine Wertegemeinschaft darstellt und gleichzeitig die Vielfalt umfasst, ist das richtige Forum, um eine solche Lösung zu finden.

**Zsfg.: AV**

<https://wyborcza.pl/7,75968,29735619,jednosc-a-roznorodnosc-refleksje-w-dniu-europy.html#S.opinion-K.P-B.1-L.1.glowka>

## Ordo Iuris-Projekt: Gefängnis für Ärzte, die Geschlechtskorrekturen an Minderjährigen vornehmen. Das soll „Hilfe für Opfer des Genderismus“ sein



Quelle: [wyborcza.pl](http://wyborcza.pl)

Von **Anita Karwowska**

**D**as Institut Ordo Iuris kündigt an, dass es bis Juni einen Gesetzentwurf zum Verbot von geschlechtsangleichenden Operationen an Minderjährigen vorlegen wird. Auf diese Weise will die Organisation „Opfern des Genderismus“ helfen. Dem Arzt drohen drei Jahre Gefängnis für die Durchführung eines solchen Eingriffs. Über das Projekt berichtete die Tageszeitung Rzeczpospolita. Derzeit können sich Minderjährige mit Zustimmung der Eltern einer biologischen Geschlechtsangleichung unterziehen. Dies wäre dann verboten und würde für den Arzt mit drei Jahren Gefängnis bestraft. Die Vorbereitung eines solchen Projekts wurde vom Vorsitzenden von Ordo Iuris, Rechtsanwalt Jerzy Kwaśniewski, im April angekündigt, und im vergangenen Jahr schrieb er eine Petition an den Premierminister, den Ombudsmann für Kinder und den Ombudsmann für Patienten mit einem Aufruf zur Einführung eines solchen Verbots. Sie wurde von 1.600 Menschen unterzeichnet.

### Hilfe für „Opfer des Genderismus“

Auf diese Weise will die Organisation „Opfern des Genderismus“ helfen. Die Gesetzgebung, an der die Juristen von IO arbeiten, soll ein Verbot der „hormonellen und chirurgischen Kastration von Minderjährigen, der chirurgischen Verstümmelung von Geschlechtsorganen und anderer Verfahren, die mit einer 'Geschlechtsumwandlung' einhergehen“, beinhalten. Wie Kwaśniewski auf der IO-Website schrieb, ist die Arbeit an dem Gesetzentwurf eine Reaktion auf einen kürzlich erschienenen Beitrag des Bloggers Łukasz

Sakowski, der behauptet, er sei als kleiner Junge von einem Transsexuellen manipuliert worden. Dieser Mann habe ihn angeblich dazu überredet, über einen langen Zeitraum Hormone einzunehmen, was der körperlichen und geistigen Gesundheit des jungen Mannes großen Schaden zugefügt habe.

In einem Interview mit Rzeczpospolita sagte Rafał Dorosiński von Ordo Iuris: „Wir sind offen für die Zusammenarbeit mit allen interessierten Parlamentariern und hoffen, eine Gruppe zu finden, die bereit ist, das Projekt für die legislative Arbeit einzureichen.“ Laut dem linken Abgeordneten Krzysztof Śmiszek, den die Rzeczpospolita zitiert, entspringt das Projekt von Ordo Iuris „einer fundamentalistischen Weltsicht, in der die Medizin nicht der körperlichen und geistigen Gesundheit, sondern politischen Zielen dienen soll“. „In jeder Gesellschaft gibt es eine kleine Gruppe, die diese Art von Behandlung braucht, die im Erwachsenenalter nicht mehr die gewünschte Wirkung hat“, sagt der Abgeordnete und zitiert Studien, wonach der Anteil der Menschen, die eine Umwandlung bereuen, marginal sei.

### **Jarosław Kaczyński hat sich wiederholt über Transgender-Menschen lustig gemacht**

Die Autoren des Gesetzes könnten sich Verbündete in den Reihen der PiS suchen, deren Vorsitzender Jarosław Kaczyński sich wiederholt abfällig über Transgender-Menschen geäußert hat. Bei Treffen mit Wählern argumentierte er, dass die Transgender-Identität in der Tat eine Laune sei. „Natürlich kann man anderer Meinung sein: Der eine hat linke Ansichten, er glaubt, dass jeder von uns irgendwann einmal sagen kann, dass er bis in einer Stunde - jetzt ist es halb sieben - war ich ein Mann und dann bin ich eine Frau. Die Linke ist ja der Meinung, dass das so sein sollte und respektiert werden sollte: Mein Chef am Arbeitsplatz, mein Kollege, mein Freund sollte mich diesmal in der weiblichen Form ansprechen“, sagte er im vergangenen Juni in Włocławek. „Solche Ansichten kann man haben. Seltsam, zugegeben - ich würde das untersuchen, aber...“, fügte er lachend hinzu. Das donnernde Gelächter der Anwesenden im Saal war die Antwort.

Kaczyński machte ähnliche Aussagen bei mehreren weiteren Gelegenheiten. Politischen Kommentatoren zufolge testete er damit, ob ein Angriff auf LGBT+-Menschen ein guter Wahlkampftrick sei.

In Grudziądz, einen Tag nach Włocławek, sagte er beispielsweise: „Stellen Sie sich vor, einer der Herren, die hier sitzen, kommt irgendwann zu seiner Arbeit und sagt: ‚Meine Damen und Herren, ich bin nicht Wladislaw, ich bin Zosia‘. Tja, und nach dem, was man uns aus dem Westen empfiehlt, soll sich jeder dem unterwerfen, sonst wird er beleidigt sein. Und warum bin ich Zosia? Weil ich... ich vielleicht morgen wieder Wladislaw sein werde, aber heute bin ich Zosia.“

Im Geiste dieser Erklärungen steht die von der PiS geförderte bürgerliche Gesetzesinitiative „Schützen wir die Kinder, unterstützen wir die Eltern“, die die „Sexualisierung der Kinder“ verhindern soll. „Die Idee ist, dass Kinder nicht Praktiken ausgesetzt werden sollten, die mit Sicherheit schädlich für sie sind und zu psychologischen Veränderungen führen können, die ihr Erwachsenenleben beeinträchtigen“, erklärte Kaczyński letzte Woche die Absichten des Projekts.

**Zsfg.: AV**

<https://wyborcza.pl/7,75398,29745194,ordo-iuris-pisze-projekt-ustawy-zakazujacej-korekty-plci-u-osob.html>

## Błaszczak sollte wegen russischer Rakete zurücktreten. Er hat uns in große Gefahr gebracht



Quelle: [wyborcza.pl](https://wyborcza.pl)

Von **Bartosz T. Wieliński**

**P**remierminister Mateusz Morawiecki hat öffentlich dem Chef des Verteidigungsministeriums, Mariusz Błaszczak, die Schuld am Absturz einer russischen Rakete bei Bydgoszcz (Bromberg) gegeben. Alles deutet darauf hin, dass der Verteidigungsminister und stellvertretende Premierminister für die Vertuschung dieses Skandals verantwortlich ist.

In wenigen Tagen wird es sechs Monate her sein, dass ein russischer Marschflugkörper vom Typ Ch-55, der mehr als anderthalb Tonnen wiegt und eine nukleare Nutzlast tragen kann, vom Kurs abkam und über Polen flog. Nach einer Flugstrecke von 400 km stürzte er in der Nähe von Bydgoszcz ab, in der Nähe eines NATO-Zentrums. Die Rakete wurde vom polnischen Militär aufgespürt, Flugzeuge wurden gestartet, doch als sie vom Radar verschwand, suchte niemand mehr nach ihr. Ende April entdeckte schließlich eine zufällige Person beim Reiten die im Boden steckende Rakete.

Premierminister Mateusz Morawiecki behauptete zunächst, dass die Prozeduren am 16. Dezember 2022 funktioniert hätten – unsere und verbündete Flugzeuge waren auf der Spur und die Rakete wurde geortet. Als er feststellte, dass die russische Rakete die Beteuerungen der PiS-Regierung über die Wirksamkeit der

Organisation der Landesverteidigung auf dramatische Weise entlarvt hatte, warf er die heiße Kartoffel an den Leiter des Verteidigungsministeriums, Mariusz Błaszczak, weiter.

Am Mittwoch gab der Regierungschef öffentlich zu, dass ihn niemand über den äußerst gefährlichen Vorfall informiert hatte. Aus seinen Worten geht hervor, dass er erst im Mai davon erfuhr, als die Wyborcza begann, über den Fall zu schreiben. Nach unseren Informationen wusste auch das Nationale Sicherheitsbüro des Präsidenten nichts von der russischen Rakete.

Darüber hinaus erklärte General Rajmund Andrzejczak, Chef des Generalstabs, am Mittwoch bei einem NATO-Treffen in Brüssel, er habe seine Vorgesetzten über den Raketenvorfall informiert, „als die Situation eintrat“.

Warum hat Błaszczak diese Information zurückgehalten? Hatte er Angst vor einer Blamage, die seine mögliche Übernahme der Nachfolge Morawieckis zum Scheitern bringen würde? Ein Schlag gegen die Propaganda der PiS-Regierung und des Verteidigungsministeriums selbst, dass Polen und der Himmel über Polen dank der Aktionen der Vereinigten Rechten sicher seien? Oder hat er vielleicht damit gerechnet, dass die russische Rakete, da keine Explosion registriert wurde, „geschmolzen“ ist und niemand ihre Überreste finden würde, nach denen die Armee nicht mehr sucht?

Heute spielt es keine Rolle mehr, ob es sich um Unachtsamkeit, Verantwortungslosigkeit, Inkompetenz, Dummheit oder ein politisches Spiel mit dem Morawiecki-Lager handelte. Der Mann, dem die Sicherung unseres Landes anvertraut ist – und das in einer Zeit, in der Russland in die Ukraine einmarschiert ist und dort ein großer Krieg gegen den Aggressor geführt wird – sollte nach einem solchen Skandal nicht einen Tag länger im Amt bleiben. Mehr noch – ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss und eine Staatsanwaltschaft sollten sich um die Aufklärung dieses Falles kümmern.

Der Fall der russischen Ch-55-Rakete, die monatelang in einem Wald bei Bydgoszcz lag, ist der größte Skandal in der Geschichte dieser Regierung. Denn er zeigt, dass die führenden Politiker der PiS in der Lage sind, die Sicherheit Polens und der Polen in unglaublicher Weise zu gefährden, um ihre Posten zu behalten. Und dass Polen unter ihrer Herrschaft wehrlos und hilflos ist, weil sie nicht einmal die Reste einer großen Rakete finden können.

Abschließend muss eine wichtige Frage gestellt werden: Wie viele russische Raketen liegen noch in unseren Wäldern und die PiS-Regierung informiert nicht darüber?

**Zsfg.: JP**

<https://wyborcza.pl/7,75398,29747722,blaszczak-do-dymisji-za-rosyjska-rakieta-narazil-nas-na-ogromne.html>

## Krise an der polnisch-weißrussischen Grenze. Flüchtling mit gebrochenem Bein liegt seit zwei Tagen unter dem Grenzzaun



Quelle: [wyborcza.pl](https://www.wyborcza.pl)

Von **Maciej Chołodowski**

**S**eit zwei Tagen liegt ein 31-jähriger Ausländer mit einem gebrochenen Bein unter einem Stahlzaun an der Grenze auf der polnischen Seite. Er benötigt medizinische Hilfe und will in Polen internationalen Schutz beantragen. Zuvor war er von polnischen Grenzbeamten auf die andere Seite des Zauns geworfen worden. Nach Bekanntwerden des Falles wurde der Mann am Sonntag (7. Mai) nachmittags mit einem Krankenwagen unter der Absperrung hervorgeholt.

Der Ausländer, der in Weißrussland ausgesetzt worden war und unter dem Grenzzaun lag, wurde in der Nacht von Samstag auf Sonntag (6.-7. Mai) von Beata Siemaszko gemeldet, eine der Freiwilligen, die seit der herrschenden Migrationskrise und der damit verbundenen humanitären Krise im Sommer 2021 Flüchtlinge und Flüchtlingsfrauen an der polnisch-weißrussischen Grenze betreut.

### **Sie sagten ihm, er solle sich von dem Zaun entfernen**

Siemaszko teilte auf einer der sozialen Medienseiten mit: „Ich bin gerade von der Aktion zurückgekommen. Es war seltsam, denn anstatt die Grenzdienste zu meiden, habe ich genau das Gegenteil getan – ich habe verzweifelt den Kontakt zu ihnen gesucht. Erstaunlich, wie schwierig es ist, wenn sie gebraucht werden.“

Wir erhielten ein Hilfeersuchen eines 31-jährigen Mannes, der an der Grenze aus Polen abgeschoben worden war, nachdem er sich am Bein verletzt hatte. Unfähig, sich zu bewegen, liegt er allein am Grenzzaun. Er traf vor zwei Tagen in Polen auf die Grenzdienste und wurde in einem Krankenwagen medizinisch versorgt, woraufhin er mit einer medizinischen Schiene(!) am Bein sofort vom Grenzschutz hinter den Grenzzaun geschoben wurde“.

Nach der Beschreibung der Freiwilligen befindet sich der Mann auf einem schmalen polnischen Streifen, der sich entlang des Zauns – zwischen diesem und der eigentlichen Grenze zu Belarus – erstreckt. Genauer gesagt in Tokary, etwa 150 Meter von den ersten Gebäuden (auf der polnischen Seite) entfernt, in dem Gebiet, das von dem Grenzschutzposten in Mielnik abgedeckt wird. Beata Siemaszko berichtete in der Nacht: „Vor zwei Tagen traf er in Polen auf die Dienste und wurde in einem Krankenwagen medizinisch versorgt, woraufhin er, mit einem Bein in einer medizinischen Schiene, sofort vom Grenzschutz hinter den Grenzzaun geschoben wurde.“

Die Aktivistin fügt hinzu: „Seit zwei Tagen liegt er, an den Zaun gelehnt, ohne jede Hilfe. Sie schreibt, dass die polnischen Grenzsoldaten, die seine Qualen beobachten, ihm befohlen haben, vom Zaun weg nach Weißrussland zu gehen, obwohl er doch gar nicht laufen kann. Es regnet in Strömen und die gefühlte Temperatur liegt kaum über null. Erst nach unserem Eingreifen gelang es, ihm Sandwiches, warmen Tee, einen Schlafsack und trockene Kleidung zu geben. Der Mann kommt aus einem der Länder südlich der Sahara“.

Am Sonntagmorgen wollte der diensthabende Beamte des Grenzschutzpostens in Mielnik in einem Interview mit der „Wyborcza“ keine Angaben zu diesem Thema machen und verwies auf die Sprecherin der Grenzschutzabteilung in Podlachien, Katarzyna Zdanowicz. „Auf der anderen Seite des Damms ist die polnische Fahrbahn 1,20 Meter breit. Dort ist niemand“, erklärte die Grenzschutz-Sprecherin, als sie ans Telefon ging.

Wenige Augenblicke später teilte Beata Siemaszko in einem Gespräch mit mir mit: „Der Mann ist immer noch da.“

### **Grenzschutz. Die Sprecherin weiß angeblich nichts.**

Die Situation des Mannes wird im Internet breit kommentiert. Katarzyna Winiarska, die ebenfalls in der Hilfe an der polnisch-weißrussischen Grenze tätig ist, stellt fest: „Die polnischen Dienste schieben die Menschen ständig nach Weißrussland ab. Der Grad ihrer Demoralisierung nimmt zu, denn wie kann ein Mann mit einem gebrochenen Bein über den Zaun geworfen werden, kurz nachdem ihm eine medizinische Schiene angelegt wurde? Der Mann kann nicht gehen, also sitzt er einen weiteren Tag im strömenden Regen unter dem Zaun auf der weißrussischen Seite, aber auf polnischem Boden, denn der Zaun steht nicht an der Grenze, sondern ist ins Land zurückversetzt. Und die Wächter schauen zu.“

Die weltberühmte Regisseurin Agnieszka Holland kommentiert ihrerseits: „Laut dieser Dame mit der Ausstrahlung und Mentalität einer KZ-Wächterin ist der Mann nicht da“. Sie bezieht sich dabei auf die Worte der Sprecherin des Grenzschutzes, Anna Michalska, die kürzlich auf die Frage der „Wyborcza“, wie es sein kann, dass trotz der Sperre an der polnisch-weißrussischen Grenze Freiwillige in den Wäldern von Podlasie immer noch Menschen finden, die in der Statistik des Grenzschutzes nicht erfasst sind, antwortete sie:

„Wo sind diese Menschen? Was ist mit ihnen geschehen? Wir haben diese Menschen nicht gesehen. Haben diese Personen tatsächlich die Grenze überquert? Wir haben eine Überwachung entlang der gesamten Grenze mit festen und mobilen Geräten. Wir registrieren also die Grenzübertritte, und hier sprechen die Aktivisten von Menschen, die außer ihnen niemand gesehen hat.“

### **Der Flüchtling wurde schließlich in ein Krankenhaus gebracht.**

Wie mir Beata Siemaszko nach 14 Uhr mitteilte, hat der Grenzschutz den Flüchtling jedoch gefunden. Gegen 13.00 Uhr holte ein herbeigerufener Krankenwagen zusammen mit Beamten den Mann unter dem Zaun hervor.

Er sollte in ein Krankenhaus in Siemiatycze und von dort in ein Krankenhaus in Hajnówka gebracht werden. „Die Erklärung von Frau Zdanowicz, der Mann sei nicht da gewesen, ist schlichtweg eine Lüge. Es waren die Wachleute selbst, die ihm ein Paket von mir überreicht haben, unter anderem mit Lebensmitteln, und es waren schließlich die Grenzschutzbeamten, die ihn über den Zaun geworfen haben“, so Siemaszko.

### **Ein weiteres Begräbnis für ein Opfer der Krise**

Nach Angaben der Gruppe *Granica* - einem Zusammenschluss von männlichen und weiblichen Freiwilligen, die Flüchtlingen und Flüchtlingsfrauen an der polnisch-weißrussischen Grenze helfen - haben sie allein in der vergangenen Woche 67 humanitäre Einsätze durchgeführt, von denen sieben die Mitwirkung einer medizinisch ausgebildeten Person erforderten. Die meisten Menschen, die Hilfe benötigten, kamen aus Afghanistan, Syrien, Somalia und aus dem Jemen.

Unterdessen findet am Dienstag (9. Mai) in Krynki die Beerdigung eines weiteren Opfers der polnisch-weißrussischen Grenzkrise statt. Es handelt sich um die 44-jährige Njengoue Livine aus Kamerun, deren Leiche am 16. Februar aus dem Fluss Świsłocz gefischt wurde. Die Zeremonie beginnt um 9 Uhr in der Kapelle der örtlichen katholischen Kirche. Dank der Bemühungen des Freiwilligen Humanitären Dienstes von Podlasie wird auch die Familie der Verstorbenen an der Beerdigung teilnehmen, die voraussichtlich aus Kamerun einfliegen wird, darunter auch ihre Eltern. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird die Sozialhilfe die Kosten für die Beerdigung übernehmen.

Nach Angaben von Aktivisten der Gruppe *Granica* sind seit Beginn der (humanitären) Migrationskrise auf beiden Seiten der polnisch-weißrussischen Grenze mindestens 43 Menschen gestorben.

### **Krise an der polnisch-weißrussischen Grenze**

Nach Angaben des Grenzschutzes, die am Sonntag (7. Mai) morgens getwittert wurden, hatten am Vortag 79 Personen, darunter Bürger aus Eritrea und Ghana, versucht, die Grenze zu Weißrussland zu überqueren.

Ein kongolesischer Staatsangehöriger und ein Bürger aus Mali hatten die Grenze über den Fluss Świsłocz überquert.

In den vorangegangenen Tagen hatten nach Angaben des Grenzschutzes tagsüber zwischen 70 und sogar mehr als 100 Personen versucht, über den Abschnitt Podlasie nach Polen zu gelangen. Unseren Angaben zufolge (der Grenzschutz macht dazu keine Angaben) wurden fast alle von ihnen abgeschoben, d. h. zurückgeschoben, was gegen internationales Recht verstößt.

**Zsfg.: JP**

<https://bialystok.wyborcza.pl/bialystok/7,35241,29733852,kryzys-na-granicy-polsko-bialoruskiej-ze-zlamana-noga-od.html>

## ZITAT DER WOCHE



Quelle: [wikipedia.org](https://de.wikipedia.org/wiki/Leszek_Balcerowicz)

„In jeder Gesellschaft gibt es ungefähr einen ähnlichen Prozentsatz an Psychopathen, Hassern, Lügnern, Betrügern usw. Es hängt vom Regime des Landes ab, wo sie landen: in der Regierung oder am Rande der Gesellschaft. Und das wiederum hängt davon ab, ob der Rest von uns sich organisiert oder nur beschwert.“

**Leszek Balcerowicz** - Professor für Wirtschaftswissenschaft und liberaler Politiker

Quelle: <https://twitter.com/LBalcerowicz/status/1656207220671930369?s=20>

## **rnd.de**

Bericht: Polen ermittelt offenbar gegen Gerhard Schröder

<https://www.rnd.de/politik/gerhard-schroeder-polen-ermittelt-laut-bericht-gegen-altkanzler-wegen-ukraine-krieg-7MVQCB4E4RBGLM36G2MCYBW2QQ.html>

---

## **t-online.de**

Wollte Polen eine russische Rakete vertuschen?

[https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/id\\_100173666/-militaerisches-objekt-wollte-polen-eine-russische-rakete-vertuschen-.html](https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/id_100173666/-militaerisches-objekt-wollte-polen-eine-russische-rakete-vertuschen-.html)

---

## **tah.de**

Demonstranten hindern russischen Botschafter in Polen an Kranzniederlegung

<https://www.tah.de/afpnewssingle/demonstranten-hindern-russischen-botschafter-in-polen-an-kranzniederlegung>

---

## **rbb24.de**

Polnische Regierung ignoriert gerichtlichen Stopp für Oder-Ausbau

<https://www.rbb24.de/studiofrankfurt/panorama/2023/05/brandenburg-oder-ausbau-polen-hochwasserschutz-buennen-gericht.html>

---

## **taz.de**

Mini-Atomkraftwerk bis 2029

<https://taz.de/Polen-beschleunigt-Atomenergieplaene!/5932769/>

## **DEKODER auf Deutsch**

<https://dekoder.com.pl/deutsch-artikel/>

## **DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas**

<https://forumdialog.eu/>

## **POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung**

<http://www.polen-und-wir.de/>

## **REDAKTION:**

[kontakt@mitte21.org](mailto:kontakt@mitte21.org)

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik